

Schluss mit den Hütchenspielertricks Attac fordert Gesamtkonzernsteuer



Foto: Sascha Bachmann / echtfotografie.de

Was machen sieben nackte Attacies vor dem Bundeskanzleramt?

Das Banner in ihrem Rücken erläutert: „FKK für Konzerne – Bilanzen enthüllen, Gesamtkonzernsteuer jetzt“. Attac fordert, dass multinationale Konzerne alle Aktivitäten sämtlicher Töchter weltweit offenlegen. So wird es möglich, die real entstehenden Gewinne den richtigen Ländern zuzuordnen und den Wahnsinn der aktuellen Steuervermeidung zu stoppen. Die Gesamtkonzernsteuer oder Unitary Taxation könnte die Multis dazu zwingen, ihre Hüllen fallen zu lassen.

Google, Apple, Amazon und Starbucks gehören zu den ganz Großen der Steuervermeidung. Aber auch Volkswagen, BASF, die Deutsche Post und die Deutsche Bank nutzen die Möglichkeiten der Gewinnverschiebung und zahlen jedes Jahr Milliarden weniger Steuern als sie von Rechts wegen müssten.

Eine regelrechte Steuervermeidungsindustrie verdient daran mit. Die vier großen Steuerberatungskonzerne PriceWaterhouse Coopers

(PWC), KPMG, Deloitte und Ernst&Young beschäftigen zusammen mehr Mitarbeiter als die beiden größten Automobilkonzerne der Welt, General Motors und Toyota. Die armen Länder des globalen Südens verlieren durch einen beliebten Trick: Konzerne verkaufen ihren eigenen Töchtern Waren oder Dienstleistungen zu überhöhten oder absurd niedrigen Preisen, um Gewinne zu verschieben – laut Christian Aid sind das jährlich 160 Milliarden Dollar. Das ist mehr als die gesamte weltweite „Entwicklungshilfe“.

Attac zündet jetzt ein Aktionsfeuerwerk: Nach der textilfreien Auftaktaktion anlässlich des G20-Gipfels, der in Sankt Petersburg die Konzernbesteuerung auf der Agenda hatte, ging es in die kreative Fälscherwerkstatt. Seit dem 5. Oktober ist eine detailgetreu nachgebaute alternative Homepage der Kaffee-Spezialitäten-Kette Starbucks online. An jenem ersten Samstag im Oktober verteilten Attacies in vielen Städten echt wirkende Gutscheine für einen kostenlosen Kaffee und Muffin – als erste Entschuldigung

Inhalt

Interview

medico international zur Lage in Syrien – 2 –

International

Neues Freihandelsabkommen zwischen EU und USA – 3 –

Hintergrund

Ent-wachsende Wirtschaft – 4 –

Regional

1:0 – Attac Augsburg gegen Blackstone – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Die Gender AG von Attac – 8 –

Aktiv

Eine Million Unterschriften für die Finanztransaktionssteuer – 9 –

Herbststratschlag – 9 –

Kiosk

Neue Publikationen – 10 –

des Konzerns, der seit Jahren gar keine Steuern in Deutschland zahlt. In Großbritannien erlebte Starbucks in den vergangenen Jahren so massive Proteste, dass das Unternehmen dort versprach, wenigstens für 2013 und 2014 auf die üblichen Steuertricks zu verzichten.

In immer mehr Fußgängerzonen tauchen „Hütchenspieler“ auf und erklären anhand des bekannten Trickbetrüger-Spiels, wie die Steuervermeidung einiger bekannter Unternehmen funktioniert. Mit einem Hütchenspiel im Internet verbindet Attac auch einen Appell an den Bundesfinanzminister, endlich Steueroasen wirkungsvoll auszutrocknen und sich für die Gesamtkonzernsteuer stark zu machen.

Jutta Sundermann, Attac Koordinierungskreis

www.attac.de/steuertricks

Es fehlt an allem

Gegen Gewalt, Flucht und pure Not hilft nur konkrete Unterstützung

Martin Glasenapp betreut bei der Hilfsorganisation medico international Projekte in Syrien. Im Interview berichtet er über die Hintergründe und die Situation im Land.

Heute ist schon fast vergessen, wie der syrische Bürgerkrieg begonnen hat – wo siehst Du die wesentlichen Ursachen des Konflikts?

Als der syrische Aufstand gegen das Regime von Präsident Bashar al-Assad begann, war der gesellschaftliche Reichtum so ungleich verteilt wie nie zuvor – die Hälfte des Reichtums konzentrierte sich auf die fünf reichsten Prozent der Bevölkerung. Assad hat nach seiner Amtseinführung 2001 die staatliche Wirtschaft dereguliert. Hinzu kam eine massive Vernachlässigung des Agrarsektors. Die neu entstandene Privatwirtschaft wurde von einer räuberischen Elite der New Economy kontrolliert. Die dadurch entstandene Ungleichheit führte zu starken sozialen Spannungen. Konkreter Auslöser der sozialen Rebellion waren dann unter anderem die Folgen der Dürren, durch die allein 2009 circa 800.000 Familien ihre bäuerliche Existenz verloren und in die Städte abwanderten. Was in der Provinz und den armen Vorstädten von Damaskus als gewaltloser Aufstand junger Menschen begann, wurde von der Unerbittlichkeit des Assad-Regimes in einen offenen militärischen Entscheidungskrieg verwandelt.

Wer kämpft in Syrien wofür?

Das Land ist in drei Teile zerfallen. Das Regime hat einen festen Zugriff auf einen Korridor, der von der südlichen Grenze zu Jordanien über die Hauptstadt Damaskus bis an die Mittelmeerküste reicht. Die Rebellen kontrollieren einen Raum, der sich in Zentralsyrien von der türkischen Grenze entlang des Euphrat bis nach Jordanien erstreckt. Im Nordosten hat die kurdische Minderheit ihre Siedlungsgebiete für autonom erklärt. Das Regime will den politischen Status Quo halten und bietet mögliche Zugeständnisse nur unter Prämisse der Anerkennung seiner Legitimität an. Für alle Rebellen Gruppen und die Auslandsopposition (mit sehr wenigen Ausnahmen) ist das nach mindestens 100.000 Toten inakzeptabel. Die Schwäche der Opposition ist, dass sie weder überzeugende Politiker noch ein mehrheitsfähiges Programm hat. Viele, die Assad verabscheuen, fürchten eine Islamisierung und irakische Verhältnisse. Es gibt also ein strategisches Patt.

Wie beurteilst Du den Einfluss der Gotteskrieger in Syrien?

Der Einfluss radikalreligiöser Gruppen wächst stetig. Es gibt Schätzungen, dass mittlerweile circa 40 Prozent der bewaffneten Rebellen salafistischen Strömungen zugerechnet werden können. Viele Verbände, die Milizionäre etwa aus den arabischen Ländern oder aus Tschetschenien einschleusen, betrachten Syrien lediglich als Schlachtfeld im Dihad. Entsprechend sind sie bei der Bevölkerung allenfalls gelitten und haben keine wirkliche soziale Basis. Skandalös ist, dass die zunehmende Präsenz dieser Gruppen von der NATO trotz einer „Terrorliste“ zumindest geduldet wird. Es gibt einen regelrechten Trail von Dihadisten, die relativ problemlos über die türkische Grenze kommen. Vor allem die Bevölkerung im Norden Syriens sieht sich jetzt gleich zweifach bedroht – sowohl von den Truppen Assads als auch von den Dihadisten. Die Türkei fördert diese Eskalation nicht nur im Großraum Aleppo, sondern auch entlang der Grenze zu den kurdischen Gebieten in Syrien.

Wie ist die augenblickliche Situation in Syrien? Wie geht es den Flüchtlingen?

Die Lage ist von extremer Gewalt gekennzeichnet. Täglich verlassen 6000 Menschen das Land. Zwei Millionen sind mittlerweile in die Nachbarländer geflüchtet, geschätzte 4 Millionen sind im Land selbst auf der Flucht – bei einer Gesamtbevölkerung von 23 Millionen. Seit dem Giftgasangriff am 21. August mit etwa 1000 Toten sind bis heute erneut knapp 4000 Menschen durch konventionelle Waffen ums Leben gekommen. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Antonio Gutierrez bezeichnet den syrischen Bürgerkrieg als „größte humanitäre Katastrophe“ des neuen Jahrtausends. Zudem herrscht in weiten Teilen Syriens mittlerweile nackter Mangel. Es fehlt an allem: Medikamente, Brennstoff, zum Teil sogar Nahrungsmittel und Trinkwasser.

Was muss in der internationalen Politik geschehen, um den Weg zu einer politischen Lösung freizumachen?

Das Töten muss unterbrochen werden. Ein militärischer Showdown würde Syrien endgültig zerstören. Und es muss – wohl auch mit Assad – politische Verhandlungen geben. Aber die Widerstände gegen eine Verhandlungslösung sind enorm. Die USA müssen nicht nur mit Russland, sondern auch mit dem Iran kooperieren

und ihre Blockadehaltung aufgeben. Qatar und Saudi Arabien, die die Terrorgruppen finanzieren, aber auch die Türkei haben kein Interesse an Verhandlungen. Auf Seiten der Opposition gibt es niemanden, der für alle Rebellen sprechen könnte. Insoweit würde ein Waffenstillstand zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur am Regime, sondern wohl auch an der Zersplitterung der Rebellen scheitern.

Wie kann unter diesen Bedingungen eine solidarische politische Arbeit aussehen? Wem soll unsere Solidarität gelten?

Wenn man das große Geschehen nicht beeinflussen kann, sollte man versuchen im Konkreten zu handeln. Die Militarisierung der Revolte macht ihre ursprünglichen Ziele nicht illegitim. Es geht noch immer um Freiheit und Würde, die beiden zentralen Begriffe der arabischen Revolutionen. medico unterstützt zivile Gruppen im palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus, die versuchen, die Zerstörung ihrer Nachbarschaften zu verhindern. Wir fördern nicht nur oppositionelle Ärztestrukturen, sondern auch Freie Schulen in jenen Gebieten, die das Regime aufgegeben hat und wo lokale Aktivisten_innen dem wachsenden Einfluss von religiösen Gebetsschulen einen säkularen Unterricht entgegensetzen. In den kurdischen Gebieten ist eine temporäre autonome Zone entstanden, in der neue Formen einer sozialen Demokratie erprobt werden. Zuletzt werden immer mehr Kriegsflüchtlinge auch nach Deutschland kommen. Ihnen gilt es mit Anteilnahme und Solidarität zu begegnen.

Interview: **Jule Axmann** und **Bodo Pallmer**

Martin Glasenapp ist stellvertretender Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Attac-Mitgliedsorganisation medico international.



Die Syrien-Projekte von medico:
www.medico.de/syrien

Unverhandelbar

EU-Kommission und US-Regierung planen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP



Foto: Jakob Huber / campact.de

Unter dem Kürzel TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) starteten in diesem Jahr Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen der EU und den USA. Dabei geht es weniger um die verbliebenen Zollschränken, sondern um die Harmonisierung von Standards und Zulassungsvorschriften. So könnte Hormonfleisch ebenso wie Genmais in Europa Einzug halten. Oder auch Rohmilchkäse in einigen US-Bundesstaaten, die den Verkauf bisher verbieten. Fritz Glunk, Herausgeber der Gazette (www.gazette.org), hielt im August einen gut besuchten Vortrag bei Attac München. Wir dokumentieren einen Auszug aus seiner Rede, die uns deutlich vor Augen führt, dass wir das Abkommen verhindern müssen. Der Gastbeitrag gibt die Meinung des Autors wieder und wurde in Rücksprache mit ihm leicht gestrafft.

TTIP und Schiedsgerichte

Ursprünglich nutzte man Schiedsvereinbarungen, um ausländische Unternehmen gegen eine Enteignung zu schützen. Wenn ein Unternehmen in einem rechtlich unsicheren Land eine Fabrik aufbaut und befürchtet, dass der Gaststaat sich die Fabrik aneignet, möchte es sich dagegen versichern. Also wird zwischen den Staaten vereinbart, dass der Investor gegen den Gaststaat in diesen Fällen ein Anspruch auf Schadensersatz hat. Solche

Schiedsgerichte (es gibt sie seit etwa 1870) ersparen einem Staat so die Auseinandersetzung mittels Krieg. Doch marschiert heute niemand mehr mit seiner Armee in sagen wir ein Bergwerk, das einem Ausländer gehört, und beschlagnahmt es. Außerdem sorgt in den USA und der EU ein ordentliches Justizsystem dafür, dass Recht Recht bleibt und Schaden wiedergutmacht wird. Schiedsgerichte sind dafür nicht notwendig.

Die Schiedsgerichtsklausel erlaubt jedem Unternehmen, jedes Gastland zu verklagen, sobald eine Sozial- oder eine Umweltgesetzgebung als Minderung eines künftigen, auch nur erhofften Gewinns interpretiert werden kann. Wobei man eine exorbitante Zunahme an Schiedsgerichtsverfahren beobachtet: Während früher in hundert Jahren etwa 200 Streitfälle vor Schiedsgerichten geschlichtet wurden, sind heute allein vor dem so genannten ICSID in zehn Jahren 480 Fälle behandelt worden, allein im Jahr 2012 kamen 62 neue Fälle hinzu. In 70 Prozent der Fälle wird den Investoren – zumindest teilweise – Recht gegeben. Durch das TTIP würde die Zahl der Streitfälle mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weiter ansteigen. Zwei Fälle aus Deutschland:

- Vattenfall klagt gegen Deutschland wegen neuerer Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg bei Hamburg. Nachdem der Internationale Schiedsgerichtshof ICSID

der Sichtweise des schwedischen Konzerns zugestimmt hatte, mussten die Umweltauflagen gelockert werden.

- Eine weitere Klage desselben Konzerns gegen die Bundesrepublik Deutschland, Schadenersatz für die 2011 abgeschalteten Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel in Höhe von 3,7 Milliarden Euro zu erhalten, ist eine der höchsten je verlangten Summen.

Wenn ein Freihandelsabkommen einmal ratifiziert und rechtskräftig ist, wird damit ein Rechtssystem außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle geschaffen. Die Zahlungen, zu denen der Staat in der Mehrzahl der Fälle verurteilt wird, stammen aber aus öffentlichen Steuergeldern.

Die Standstill-Klausel

Ein ähnlich gefährliches Element der TTIP und anderer Freihandelsabkommen ist die so genannte Standstill-Klausel. Wer nach deren Quelle sucht, wird bei der OECD fündig. Sie hat die Aufgabe, die ökonomische Liberalisierung der Welt „ein für alle mal“ voranzutreiben, und diesem Ziel haben sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet, also auch Deutschland. Die OECD-Staaten dürfen „keine neuen Hemmnisse einführen. Vorbehalte in Bezug auf die Verpflichtungen der Codizes können nur teilweise oder gänzlich aufgehoben, nicht jedoch erweitert oder neu hinzugefügt werden. Dies gilt generell und für alle unter die Codizes fallenden Transaktionen“, Ausnahmen sind die Ausnahme, etwa vorübergehende wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Kern der Standstill-Verpflichtung lautet demnach: **„Einmal aufgehobene Beschränkungen können nicht wieder eingeführt werden.“** So wird der Status Quo gesichert, und es kann nur eine Entwicklung in Richtung einer weiteren Liberalisierung erfolgen (so genannter „Ratchet Effect“, das heißt Sperrklinkeneffekt).

Hier wird deutlich, was Frau Merkel mit ihrer „marktkonformen Demokratie“ meint: Politische Entscheidungen sind nur in eine Richtung möglich, hin zu einer schrankenlosen Weltwirtschaft. Re-Kommunalisierung, Re-Regionalisierung, ja Re-Regulierung überhaupt, werden durch ein TTIP immer schwerer.

Fritz Glunk, Bearbeitung von **Harald Klimenta**, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Bedarfsorientierte Ökonomie

Die Postwachstumsgesellschaft braucht soziale Sicherheit

Erderwärmung, Verlust der biologischen Vielfalt, Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden sowie innerhalb von Gesellschaften stellen die Menschheit vor große Herausforderungen. Die Umweltzerstörung schreitet fort, und die Verknappung fossiler und anderer Rohstoffe führt zu immer zerstörerischen Fördertechniken. Eine Milliarde Menschen hungert, Millionen Menschen flüchten wegen des Klimawandels vor Ressourcenkriegen und zunehmenden Wetterextremen. Hinzu kommt der weltweite Investitionsboom in Land (land grabbing) und die Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Das kapitalistische Wachstum stößt immer mehr an ökologische Grenzen. Dabei wird deutlich, dass Wirtschaftswachstum nicht die Lösung der anstehenden Probleme ist, sondern deren Ursache. Trotz des offensichtlichen Scheiterns des wachstums- und profitorientierten Wirtschaftssystems sehen die Hauptakteure in Politik und Wirtschaft Wachstum weiterhin als unverzichtbar an. Man hofft auf effizientere neue Techniken und Verfahren, die das Klima weniger belasten und die Ressourcen nachhaltiger nutzen. Qualitatives Wachstum, Grüne Ökonomie oder Green New Deal heißen jetzt die Konzepte. Jedoch lässt sich auch ein grünes Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß nicht entkoppeln. Diese Scheinlösungen führen uns nirgendwo hin.

Wirtschaft ohne Wachstum – aber wie?

Degrowth und Decroissance lauten die Ansätze der wachstums-, kapitalismus- und globalisierungskritischen und ökologischen Bewegungen in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien: Die Wirtschaft soll „ent-wachsen“. Die Begriffe stehen für die radikal-demokratische egalitäre Vision einer zunächst substanziell schrumpfenden und sich dann stabilisierenden Wirtschaft (steady state economy). Ziel ist eine Ökonomie, die globale soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet. Es geht um ein Gutes Leben für alle im Rahmen des Notwendigen und in Verantwortung für kommende Generationen und für die Natur. Und dies sind keine realitätsfremden Utopien, sondern konkrete Alternativen unter sinnvoller Nutzung moderner Technologien.



Umfairteilen-Aktion am 14. September 2013

Dabei werden besonders die Industrieländer mit weniger Produkten und geringerem Energieverbrauch auskommen müssen. So fordert die Attac-AG „Jenseits des Wachstums“ unter anderem eine gesellschaftliche Debatte über die Frage, welche konkreten Produkte und Dienstleistungen wir benötigen und wie wir die Bedürfnisse bei möglichst geringem Naturverbrauch befriedigen können. Ein Großteil des Welthandels besteht zudem aus sinnlosem Warentransport. Die Transportketten reichen oft über den gesamten Erdball, wobei die Produktionsstandorte so verteilt sind, dass die günstigsten Steuergesetze, die niedrigsten Arbeitskosten und -standards und die niedrigsten Umweltauflagen ausgenutzt werden können. Ein Großteil der Transporte könnte ohne Wohlstandsverlust unterlassen werden.

Die Transformation hin zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft erfordert aber auch Antworten darauf, wie soziale Sicherheit garantiert werden kann. Denn bei dem Transformationsprozess werden viele alte Arbeitsplätze verloren gehen. Das macht Angst, auch wenn neue entstehen werden, wie zum Beispiel durch den Ausbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Die notwendigen Umstrukturierungen werden sich

nur in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen lassen, die Menschen benötigen deshalb vor allem soziale Sicherheit. Nur dann werden sie sich für eine andere bedarfsorientierte Ökonomie einsetzen und den Umbau der Arbeitsplätze akzeptieren. Dabei wird ein gesichertes Einkommen losgelöst von Erwerbsarbeit umso wichtiger. Dann kann auch das Gesamtvolumen an Erwerbsarbeit reduziert werden, ohne dass Existenzängste aufkommen. Gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Erziehung, Pflege oder Kunst sowie ehrenamtliches Engagement im politischen und sozialen Bereich gilt es umzuverteilen und aufzuwerten.

Es geht also um eine Richtungsänderung hin zu einer bedarfsorientierten Ökonomie. Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte in der tagespolitischen Auseinandersetzung, vom Protest gegen Destruiertechnologien wie Atomkraft oder Gentechnik bis hin zu Forderungen nach einer kostenlosen und umfassenden Gesundheitsversorgung, nach einem Recht auf Wohnen und einem würdigen Auskommen im Alter – und nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Dagmar Paternoga, Attac-Rat und AG Genug für alle

Gegen Hedgefonds kämpfen und gewinnen

Eine Erfolgsgeschichte aus Augsburg



Flyer: Energie-Demokratie in Augsburg

Ungewohnte Sangeslust beim Treffen des AK Klima und Energie von Attac Augsburg: Gläser klirren, es gibt etwas zu feiern bei den circa 20 Klima-AktivistInnen des Arbeitskreises. Denn soeben hat der Vorstand von PQ-Energy, eine 100-Prozent-Tochter des US-amerikanischen Hedgefonds Blackstone, erklärt, dass nach der Einleitung eines Bürgerbegehrens durch Attac Augsburg die Widerstände in der Stadt zu groß sind, um den schon beschlossenen Bau eines Gasgroßkraftwerkes mit einem Investitionsvolumen von 350 Millionen Euro durchzusetzen.

Ein Rückblick: Im Mai hatte der Augsburger Stadtrat mit großer Mehrheit in einem Grundsatzbeschluss den Bau eines Kraftwerkes mit 500 Megawatt durch PQ/Blackstone befürwortet. Diese Zusage an den Investor war ohne jegliche Machbarkeitsstudie erfolgt.

Nach diesem Beschluss attackierte Attac Augsburg den Stadtrat heftig: „Wer sich angesichts der Folgen der weltweiten Finanzkrise mit einem der verantwortlichen Verursacher in ein Bett legt, hat von der Finanzkrise nichts verstanden“, erklärte ihr Sprecher in einem Zeitungsinterview und rief die Bevölkerung zum Widerstand auf: „Die Energiewende muss

dezentral sein und darf nicht die Macht der Strommonopolisten und der Hochfinanz erneut bekräftigen. In Augsburg und nirgendwo brauchen wir für die Energiewende eine Heuschrecke.“ Mit Hochdruck versuchte die Stadtregierung vollendete Tatsachen zu schaffen und den Verkauf des Baugrundstücks in Höhe von 3,7 Millionen Euro abzuwickeln. Jetzt gab es für den AK Klima nur noch eine Möglichkeit, das Vorhaben zu durchkreuzen: Es wurde ein Bürgerbegehren gegen das Kraftwerk angekündigt. Der Liegenschaftsausschuss der Stadt Augsburg sah sich daraufhin nicht mehr in der Lage, den Verkauf zu beschließen, da eine „bedeutende Augsburger Organisation“ ihren Widerstand angekündigt hatte. Nun versuchte die Stadtregierung mit einem Dringlichkeitsantrag im Stadtrat den Verkauf durchzusetzen. Doch dieser Antrag wurde abgewiesen, weil Sozialdemokraten und Grüne von ihrer ursprünglichen Zusage abrückten und erst „die Fragen von Attac Augsburg“ geklärt haben wollten.

In der Zwischenzeit hatten die Aktiven des AK Klima eine umfangreiche Aufklärungskampagne gestartet: Tausende von Info-Blättern wurden verteilt, mit Fachleuten, BürgerInnen und Handwerksbetrieben

wurden Gemeinsamkeiten gesucht. In der Veranstaltung „Konkrete Projekte für eine dezentrale Energiewende jetzt starten“ forderte Attac Augsburg politische Rahmenbedingungen für die Verwirklichung regionaler Projekte ein. Schon früher hatte der AK Klima ein dezentrales Energiekonzept für eine „Energiedemokratie“ in Augsburg vorgelegt.

Der Kampf von Attac Augsburg richtete sich nicht nur gegen Blackstone, sondern es wurde auch deutlich gemacht, dass extreme Abwärmelasten, gewaltiger Wasserverbrauch und die Blockade des regionalen Energiemarktes die Folgen des Kraftwerksbaus sein würden. Vor allem aber wurde auch dafür geworben, Bürgerbeteiligung sowohl im Bereich der Energieerzeugung als auch im politischen Bereich durch einen Energierat umzusetzen.

Am 22. Juli leitete Attac Augsburg mit einer Pressekonferenz gleich zwei Bürgerbegehren ein: das eine gegen das Großkraftwerk, das andere für eine „Ausbauoffensive“ für eine regionale und dezentrale Energiewende in Augsburg. Einen Tag später erklärte PQ/Blackstone das vorläufige Ende ihrer Pläne für den Bau des Kraftwerkes.



Zum vierten Mal konnte Attac Augsburg so ein Bürgerbegehren erfolgreich abschließen. Die AktivistInnen sind sich einig: Die großen Erfolge der Augsburger Regionalgruppe liegen in ihrem konsequenten Eintreten für BürgerInneninteressen. Attac Augsburg ist als gewichtiger außerparlamentarischer Akteur allgemein anerkannt. Das liegt auch an der strikten Unabhängigkeit gegenüber Parteien gleich welcher Färbung. Die KlimaaktivistInnen sind mittlerweile zu gemeinsamen Gesprächen mit dem Vorstand der Stadtwerke, mit dem Umweltreferenten und der Verwaltung der Stadt eingeladen, Projekte der regionalen Energiewende gemeinsam zu entwickeln.

Bruno Marcon, Attac Augsburg



Attac-Sommerakademie,
Foto: Stephanie Handtmann



„Jetzt nicht weichkochen lassen“, Foto: Mike Auerbach

Rückblick

22. Juli 2013

Attac Augsburg erfolgreich gegen Bau eines Großkraftwerks

Der Arbeitskreis Klima und Energie von Attac Augsburg leitet zwei Bürgerbegehren ein: Eines gegen das Großkraftwerk im Stadtteil Lechhausen, ein Vorhaben des Schweizer Unternehmens PQ-Energy, einer hundertprozentigen Tochter des US-amerikanischen Hedgefonds Blackstone. Das andere für eine „Ausbauoffensive“ für eine regionale und dezentrale Energiewende in Augsburg. Einen Tag später erklärt PQ/Blackstone das vorläufige Ende ihrer Planungen für den Bau des Kraftwerkes.

24. bis 28. Juli 2013

Sommerakademie unter heißer Hamburger Sonne

Auf der 12. Attac-Sommerakademie sprechen in Hamburg-Bergedorf 650 Attac-Aktive und Interessierte aus ganz Deutschland über alternative Konzepte und Strategien und planen Aktionen für eine gerechte Vermögensverteilung, eine wirksame Besteuerung von Konzernen und gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Ein bunter Protestzug unter dem Attac-Kampagnen-Motto: „Gutes Leben für alle – Ran an den Speck!“ durch die Bergedorfer Innenstadt fordert eine europaweite Vermögensabgabe der Superreichen zur Stärkung kommunaler Kassen für Investitionen in die soziale, kulturelle und ökologische Infrastruktur. Zum zweiten Mal wird der Jörg Huffschmid-Preis vergeben.

7. August 2013

Kein pauschalierendes Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychosomatik!

„Weg mit PEPP!“ – unter diesem Motto fordert Attac innerhalb einer breiten Initiative

von ÄrztInnen, Sozialverbänden, Psychiatrie-Erfahrenen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, das Pauschalierende Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP), das seit Beginn dieses Jahres in einer Testphase ist, nicht einzuführen. Das Pauschalierende Entgeltsystem wird den psychiatrischen Krankheitsverläufen und damit den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht, sind sich die InitiatorInnen einig. In einem gemeinsamen Aufruf wird die fundierte Kritik, die die jeweiligen Organisationen seit Beginn der Debatte vorgetragen haben, gebündelt.

www.weg-mit-pepp.de

19. bis 29. August 2013

Türkische AktivistInnen auf Speakers Tour durch Deutschland

„Platz der Träume – Rüyalari Meydani“ – so lautet der Titel der Speakers Tour, auf der AktivistInnen aus Istanbul über den vielschichtigen Protest in der Türkei berichten und erzählen, wofür sie kämpfen. Organisiert wird die Tour von Attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Interventionistischen Linken. In Hannover, Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main und München schildern sie aus erster Hand, wie der Protest gegen den Bau eines Einkaufszentrums verschiedenste Gruppierungen mobilisierte und seither das politische System der Türkei herausfordert.

9. August 2013

Zehn Jahre Attac-Bundesbüro in der Bankenstadt

Das zehnjährige Bestehen des Attac-Bundesbüros wird während der Frankfurter Bahnhofsviertelnacht gefeiert. Vor dem Eingang zum Haus Münchener Straße 48 informieren sich interessierte FrankfurterInnen über Attac und feiern zusammen mit dem Büroteam unter dem Motto „Wir sind die Musik auf dem Politkäse“.

23. August bis 1. September 2013

Camp gegen den Klimawandel und Braunkohleabbau

Im Klimacamp in Mannheim bei Köln kommen AktivistInnen des Antikohle-Netzwerks „ausgeCO2hlt“, aus lokalen Initiativen, Attac-Gruppen, europäischen „Reclaim the Fields“-Bündnissen, aus dem Wendland, Stuttgart, Osteuropa und Frankreich zusammen und protestieren gegen das größte Braunkohleabbaugebiet in Europa. Dieses steht für gigantische CO₂-Emissionen, die Gefährdung vieler Millionen Menschen im Globalen Süden, gefährliche und aufgezwungene Großprojekte, Vertreibungen und Gesundheitsgefährdung in der Region. Jahrelang war die Versammlung auf der gleichen Streuobstwiese der Stadt Kerpen angemeldet, in diesem Jahr werden erstmals alle Übernachtungs- und Küchenzelte verboten. Das Camp findet trotzdem statt.

29. August 2013

Aktion zur Finanztransaktionssteuer: „Jetzt nicht weichkochen lassen“

Mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt treten AktivistInnen von „Steuer gegen Armut“ der Finanzlobby entgegen. Banken und Finanzindustrie bedrängen Regierungen und Abgeordnete mit Vorschlägen zu Ausnahmeregelungen bei der Gestaltung der Finanztransaktionssteuer und warnen vor angeblich massiven Arbeitsplatzverlusten und Belastungen für KleinsparerInnen. Unter dem Motto „Jetzt nicht weichkochen lassen!“ stehen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande symbolisch in einem überdimensionierten Kessel. Während Merkel und Hollande die Finanztransaktionssteuer in den Händen halten, wird ihnen von BankerInnen kräftig eingeheizt.



„Konzernbilanzen enthüllen“, Foto: Sascha Bachmann / echtfotografie.de



Umfairteilen-Aktionstag

5. September 2013

Konzernbilanzen enthüllen – Gesamtkonzernsteuer einführen!

Anlässlich des G20-Gipfels fordert Attac, den Steuertricksereien multinationaler Konzerne einen Riegel vorzuschieben und eine Gesamtkonzernsteuer (Unitary Tax) einzuführen. Bei der Aktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin verleihen Attac-Aktive der Forderung Nachdruck, indem sie sich vollständig entkleiden und „Gesamtkonzernsteuer jetzt! Bilanzen enthüllen! FKK für Konzerne!“ skandieren. Jährlich tricksen Konzerne Milliarden Euro an der Steuer vorbei. Eine regelrechte Steuervermeidungsindustrie unterstützt sie dabei. Die Politik antwortet bisher höchstens mit Flickschusterei.

14. September 2013

Bündnis UmFAIRteilen: Tausende für eine gerechte Steuerpolitik auf der Straße

Mehr als 15.000 Menschen gehen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen. In Bochum beteiligen sich mehr als 12.000 Menschen an einem Sternmarsch. Zeitgleich wird in Berlin eine Umfairteilenkette im Regierungsviertel gebildet. Aber auch in Saarbrücken, Regensburg und anderen Städten fordern zahlreiche Menschen bei Umfairteilen-Aktionen eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung des Gemeinwesens und notwendiger Reformen.

www.umfairteilen.de

22. September 2013

Energienetze in Hamburg und Berlin rekommunalisieren!

Parallel zur Bundestagswahl steht in Hamburg der Volksentscheid über den größten Energienetz-Rückkauf der bundesdeutschen Geschichte an – einige Wochen vor einem ähnlichen Urnengang in Berlin. Attac ruft die Bürgerinnen und

Bürger in Hamburg und Berlin auf, für die Rekommunalisierung der Stromnetze zu stimmen. Ein Rückkauf soll den Einfluss großer Stromkonzerne zurückdrängen und eine soziale, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung voranbringen.

21. September 2013

Gründungstreffen der TTIP-Kampagne

Im Juli haben die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) begonnen. Mit der TTIP-Kampagne setzt die Attac-AG „Welthandel & WTO“ an der Skandalisierung der mangelnden Transparenz der Verhandlungen und der Entmündigung von Gesellschaft an.

28. und 29. September 2013

Kongress „Europa von unten!“

Anlässlich des Global Economic Symposiums des Kieler Instituts für Weltwirtschaft setzt der Kongress „Europa von unten“, veranstaltet von Attac Kiel, der herrschenden neoliberalen Erzählung zur europäischen Krise und den damit zusammenhängenden Kürzungs- und Armutsprogrammen eine solidarische, soziale und demokratische Perspektive entgegen.

www.europavonunten.de

11. bis 13. Oktober 2013

Attac-Herbstratschlag in Düsseldorf

Beim bundesweiten Attac-Herbstratschlag an der Fachhochschule in Düsseldorf-Golzheim stehen unterschiedliche Aspekte der Krisenthematik im Zentrum der Diskussion. Es geht um Analysen, Positionsfindungen und Strategien für 2014. Der Attac-Haushalt 2014 wird verabschiedet, Planungen von Kampagnen, Arbeitsgruppen und Projektgruppen werden vorgestellt. Zudem wählen die Delegierten die beiden bundesweiten Gremien Attac-Rat und Koordinierungskreis.

Ausblick

2. November 2013

Regionaltreffen der Attac-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen

Beim diesjährigen NRW-Regionaltreffen geht es um Europa: Themen sind der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ sowie alternative Vorstellungen von Europa („Europa geht anders“). Das Treffen im Johanniszentrum in der Bonhoefferstraße 10 in Witten bietet zudem ausreichend Raum für den Austausch der nordrhein-westfälischen Regionalgruppen untereinander.

22. bis 24. November 2013

Europäische Blockupy-Aktionskonferenz in Frankfurt am Main

Blockupy wird auch 2014 gegen das europäische Spardiktat, gegen das Kommando der EU-Troika, für die Europäisierung des Widerstands und echte Demokratie in Bewegung sein – zur Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank, zu Aktionstagen und mit vielfältigen Initiativen. Auf der Blockupy-Aktionskonferenz soll der internationale und partizipative europäische Vorbereitungsprozess für die Blockupy-Mobilisierung gestartet werden.

März 2013

Strategische Debatten beim Frühjahrstratschlag

Voraussichtlich am letzten März-Wochenende kommen Attac-Aktive und Interessierte zum Frühjahrstratschlag zusammen. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Der Schwerpunkt des „Attac-Basistreffens“ im Frühjahr liegt auf dem Erfahrungsaustausch und Strategiedebatten. Der Ort und weitere Informationen folgen in Kürze auf der Attac-Webseite.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Menschen in Attac

Schneewittchen rechnet ab

Christine Rudolf engagiert sich in der Gender AG



Christine Rudolf war Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, ist Politologin, Sprachwissenschaftlerin und Volkswirtschaftlerin und promoviert zu Gender Budgeting. Seit 2010 ist sie aktiv in der Gender AG von Attac.

Christine, Du bist mit vielen anderen Frauen aktiv in der Gender AG von Attac. Wie bist Du selbst zum Thema „Feministische Ökonomie“ gekommen, und was waren Eure Beweggründe zur Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft?

Ich bin seit ich 16 Jahre alt war politisch aktiv, in NGOs, Partei und Parlamenten. Mir wurde schnell klar, dass auf viele inhaltliche Themen, die mich interessierten wie Frieden, ökologische Nachhaltigkeit oder Emanzipation von Frauen wirtschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen großen Einfluss haben. Durch die Globalisierungsdebatte wurde diese Überzeugung noch verstärkt. Unsere Gesellschaft strukturiert sich maßgeblich entlang Geschlechterlinien. Deshalb habe ich mich immer stärker mit „Feministischer Ökonomie“ beschäftigt.

Als ich vor drei Jahren nach Berlin gezogen bin, fand ich in der Gender AG von Attac den

Raum mich mit anderen darüber auszutauschen, gemeinsam Projekte zu planen und durchzuführen. Die bundeweite Gender AG wurde zwei Jahre zuvor vor allem von Deborah Ruggieri und Doreen Heide gegründet. Ziel war und ist es, Geschlechterfragen in die ökonomische und ökologische Arbeit von Attac zu transportieren, offen für Interessierte zu sein und vor allem Frauen, aber auch Männer von Betroffenen zu Beteiligten werden zu lassen.

Im Rahmen Eurer gemeinsamen Arbeit habt Ihr im vergangenen Jahr ein großes Projekt gestemmt – den erfolgreichen Kongress „Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren.“ Welche Erfahrungen habt Ihr damit gemacht?

Ziel unserer Tagung war Menschen partizipative Zugänge zu ökonomischen Themen zu bieten, die nah an ihrer persönlichen Lebenswelt verankert sind. Gleichzeitig wollten wir über den aktuellen Forschungsstand in der feministischen Ökonomie informieren, Arbeits- und Protestzusammenhänge vorstellen und künstlerische Bearbeitung unserer Themen bieten. Eingeladen hatten wir Wissenschaftler_innen, Performancekünstlerinnen, Aktivistinnen der Hausarbeitsbewegung und der solidarischen Ökonomie, Gewerkschafterinnen und Bloggerinnen, die unsere Tagung dokumentiert haben. Die vielen Teilnehmer_innen und deren positive Rückmeldungen haben uns gezeigt, dass uns die Gestaltung dieses komplexen Anspruchs gut gelungen ist. Kritik kam an der überwiegend weißen Perspektive unserer Tagung. Wenn Attac in die Berliner Werkstatt der Kulturen einlädt, muss der Schwerpunkt deutlich interkultureller gewählt werden. Daran werden wir nun weiterarbeiten.

Aktuell habt Ihr den Tagungsband „Schneewittchen rechnet ab.“ veröffentlicht. Was erwartet uns in dem Band?

Unser Buch spiegelt zum großen Teil die Inhalte der Tagung wieder. Die stattgefundene Podiumsdiskussion mit Christa Wichterich, Friederike Habermann und mir über Chancen und Grenzen feministischer Ökonomie ist genauso enthalten wie ein Interview mit Gülay Caglar über Vielfalt und Reichweite feministischer, ökonomischer Forschung, aber auch ein Gespräch zwischen Barbara Muraca und Tanja von Egan-Krieger. Sie unterhalten sich mit Andrea Vetter über wachstumskritische Ansätze. Deborah Ruggieri liefert in ihrem Beitrag viele Beispiele, warum es notwendig ist, sich politisch einzumischen. Darüber hinaus

gibt es weitere Interviews und Beiträge aus der lesbisch/feministischen Bewegungspraxis, von Gewerkschafterinnen und vieles mehr. Am besten gefallen mir die Beiträge der Künstlerinnen. Neben den ausdrucksstarken Bildern haben sie Texte geschrieben, die ihren Beitrag zur Tagung auch in dieses Buch transportieren. Die Brücke schafft Julia Lemmles Beitrag über Kunst und politischen Aktivismus.

Wir haben unseren Band „Werkstattbuch“ getauft, weil er eine Vielfalt an Textarten bietet, unsere Arbeit spiegelt und zum Weiterdenken und Tun einladen soll.

Woran arbeitet Ihr gerade in der Gender AG, was sind Eure nächsten Pläne?

Wir sind gerade dabei eine Veranstaltung mit Respect Berlin, einer Initiative zur Selbstermächtigung illegaler Hausarbeiter_innen, vorzubereiten, die noch in diesem Herbst stattfinden soll. Wir treffen uns aber auch weiterhin jeden ersten Dienstag im Monat im Attac-Café in der Grünbergerstr. 24 in Berlin zu aktuellen politischen, feministischen, antirassistischen Themen. Das nächste Treffen findet am 5. November um 19.30 Uhr statt. Interessierte Frauen und Männer sind herzlich eingeladen einfach zu kommen oder sich über unsere Homepage www.attac-netzwerk.de/gender-ag zu informieren und Kontakt aufzunehmen.

Interview: Jule Axmann

Christine Rudolf / Doreen Heide / Julia Lemmle / Julia Roßhart / Andrea Vetter
(Hrsg.):

Schneewittchen rechnet ab.
Feministische Ökonomie
für anderes Leben, Arbeiten
und Produzieren.



Ein Werkstattbuch aus der Attac-Gender AG.
VSA-Verlag,
176 S., 14,80 Euro.

Ab sofort im
Attac-Webshop:
www.attac.de/shop

Endspurt

Eine Million Unterschriften für die Finanztransaktionssteuer!



Foto: Oxfam

Seit Anfang des Jahres verhandeln in Brüssel Frankreich, Deutschland und neun andere EU-Staaten, die im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit eine Finanztransaktionssteuer einführen wollen, über einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission. Damit ist die Gründungsforderung von Attac auf einem guten Weg, bald umgesetzt zu werden. Doch jetzt reagiert die Finanzlobby: Banken und andere Finanzinstitute sind aufgeschreckt, bedrängen Regierungen und Abgeordnete mit

Vorschlägen zu Ausnahmeregelungen, warnen vor angeblichen rechtlichen Problemen, massiven Arbeitsplatzverlusten und Belastungen für Kleinsparer.

Ob bestellte Gutachten, bewusst falsche Aussagen oder andere Formen der Gegenwehr – die Finanzbranche lässt keine Gelegenheit aus, die Pläne für eine Finanztransaktionssteuer zu torpedieren. Doch nur eine breite Steuer ohne unnötige Ausnahmen gewährleistet, dass die Steuer nicht unterlaufen

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:

069-900 281-10

werden kann. Der jetzige Vorschlag beugt zudem Abwanderungsgefahren vor.

Das Bündnis „Steuer gegen Armut“ fordert außerdem, einen Teil der Steuereinnahmen für weltweite Armutsbekämpfung und Klimaschutz aufzuwenden. Wie nötig dies ist, zeigt ein Blick auf den Entwurf für den Bundeshaushalt 2014. Die Bundesregierung plant, die Mittel für Entwicklung und Klimaschutz weiter einzudampfen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen schon jetzt nicht nachkommt, ein Skandal. Es ist daher unbedingt notwendig, dass Gelder aus der neuen Steuer in weltweite Entwicklungs- und Klimaschutzmaßnahmen fließen.

Um den öffentlichen Druck für die Einführung der Finanztransaktionssteuer gegen den Widerstand der Finanzlobby aufrecht zu erhalten, will das Bündnis die Unterschriftenkampagne für die Finanztransaktionssteuer verlängern und international eine Million Unterschriften sammeln.

Bitte unterzeichnen Sie den Aufruf online:

www.attac.de/fts

Wenn Sie bereits für die Finanztransaktionssteuer unterschrieben haben, werben Sie bitte in Ihrem Bekanntenkreis für eine Unterschrift!

Herbstratschlag in Düsseldorf

Start der Kampagne gegen das TTIP, Wahlen und Blockupy 2014

Die rund 200 Herbstratschlag-TeilnehmerInnen debattierten unter dem Motto „Ein anderes Europa – Kooperation statt Konkurrenz“, starteten die Kampagne für eine gerechte internationale Konzernbesteuerung (Unitary Taxation), besprachen die Blockupy-Aktionen des kommenden Jahres sowie die Attac-Aktivitäten zum TTIP, dem geplanten transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen, das tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Menschen hätte. Auf der Tagesordnung stand zudem der Beschluss der nächsten europäischen Attac-Sommeruniversität, die im August 2014 in Paris stattfinden wird.

Der Herbstratschlag ist das höchste beschlussfassende Organ des Attac-Netzwerkes: Eine kleine

engagierte Vorbereitungsgruppe kümmerte sich um die organisatorischen Rahmenbedingungen, die Räumlichkeiten (dieses Mal in der Fachhochschule Düsseldorf), die Verpflegung und kostenlose Unterbringung der RatschlagsbesucherInnen. Aus den Finanzanträgen der unterschiedlichen Arbeitszusammenhänge in Attac und inhaltlichen Vorschlägen wurde eine sinnvolle Tagesordnung gestrickt, die dennoch – wie immer – zu wenig Zeit für die Diskussion zu vielen wichtigen Themen bot.

Der Ratschlag ist das zwei Mal im Jahr tagende wichtigste beschlussfassende Gremium des Attac-Netzwerkes. Hier treffen sich Aktive aus den Regionalgruppen, VertreterInnen der bundesweiten thematischen Arbeitsgruppen,

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von Attac und VertreterInnen der über 150 Attac-Mitgliedsorganisationen. Jeder und jede ist eingeladen, sich basisdemokratisch aktiv einzubringen. Selbst eine Mitgliedschaft bei Attac ist keine notwendige Voraussetzung für die Teilnahme. Der Herbst-Ratschlag beschließt nach intensiven strategischen Debatten den Haushalt für das folgende Jahr, wählt die 20 Mitglieder des Koordinierungskreises sowie die des Attac-Rats und legt die inhaltlichen Schwerpunkte, Kampagnen und Großveranstaltungen der kommenden Monate fest.

www.attac.de/ratschlag

Aus dem Attac-Shop



Attac-Projektgruppe Gesamtkonzernsteuer: Steuertricks der Konzerne stoppen! – Für eine Gesamtkonzernsteuer (Unitary Taxation)

Google, Apple und Amazon prägten als Erste die beeindruckenden Schlagzeilen: Amerikanische Konzerne mit Milliardengewinnen schaffen es, nahezu keine Steuern zu zahlen. Die Europäer sind aber auch nicht von schlechten Eltern: Ikea kann es, auch die BASF, die Deutsche Bahn, die Deutsche Bank oder Volkswagen tricksen, was das Zeug hält. Sie verschieben Gewinne, rechnen Ausgaben hoch und zahlen am Ende weit weniger Steuern als die ortsgebundenen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Allein in Deutschland gehen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der öffentlichen Hand – uns allen – dadurch pro Jahr 20 bis 30 Milliarden Euro verloren, während Schwimmbäder und Bibliotheken schließen müssen oder Schulen verfallen.

Hohe Milliardenbeträge werden auch den armen Ländern des Südens durch Steuervermeidung vorenthalten, weit mehr als die 134 Milliarden Dollar, die die so genannte Entwicklungshilfe weltweit zusammenbringt.

Attac fordert eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung. In dieser Broschüre wird leicht verständlich erklärt, wie die Konzerne tricksen, mit welchen Konsequenzen, wie sich das ändern lassen würde und wie die Gesamtkonzernsteuer funktioniert.

Broschüre, zahlreiche Abb., 44 S., 2 EUR



Bruno Marcon, Steffen Stierle: Umverteilen: von oben nach unten – Verteilungsgerechtigkeit statt Kürzungsdiktat Attac-Basistext 44

Die Schere zwischen Reich und Arm klappt immer weiter auseinander. Deshalb sind reiche Haushalte deutlich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Die extreme Ungleichverteilung der Vermögen ist eine zentrale Ursache der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Statt nun die Reichen heranzuziehen, werden die Kosten vor allem in der EU durch Kürzungsdiktate nach unten durchgereicht. Die Krise selbst wird so nur weiter verschärft. Dabei gibt es zu dieser Politik gute Alternativen! Und die Widerstandsbewegung, die diese Alternativen einfordert, wird immer mächtiger.

„Der Fokus der EU-Krisenproteste war lange Zeit hauptsächlich auf die nationalen EntscheidungsträgerInnen gerichtet. Internationale Bezüge gab es kaum. Die Krise und die wesentlichen Elemente der vorherrschenden Krisenpolitik sind jedoch auf der europäischen Ebene verankert. Widerstand dagegen darf sich daher nicht nur gegen die Regierungen in den betroffenen Ländern richten, sondern auch gegen die EU-Kommission, die EZB und die Bundesregierung, die der Motor hinter der neoliberalen Welle ist.“

Die Autoren: Bruno Marcon ist Sozialpsychologe und Mitglied des Attac-Rats, Steffen Stierle ist Ökonom und Mitglied der Attac-PG Eurokrise.

Broschiert, 96 S., 7 EUR

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter: www.attac.de/shop
telefonisch unter: 069-900 281-10
per Fax an: 069-900 281-99
oder per E-Mail an: info@attac.de
Bitte, so vorhanden, die [Artikelnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Dörthe Krohn, Mike Nagler, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann, Kay Schulze
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Schon im letzten Rundbrief haben wir Sie darauf hingewiesen, und vermutlich haben Sie es auch bereits über andere Kanäle erfahren: Ab Februar 2014 löst das sogenannte SEPA-Verfahren (*Single Euro Payments Area*) die nationalen Zahlungsverfahren ab. SEPA betrifft ausnahmslos alle Zahlungsvorgänge – und damit auch alle Überweisungen und Einzüge zugunsten des Attac Trägerverein e.V.



Foto: Bundesbank

Was bedeutet das für Sie, wenn Sie Attac per Lastschrift unterstützen?

Für Lastschriftverfahren wurden neue Formvorschriften eingeführt, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Wer Attac bislang per Lastschrift unterstützt hat, wird von uns persönlich kontaktiert. Die Umstellungen werden wir für Sie mit so wenig Aufwand wie möglich gestalten. Wichtig zu wissen: Nach der SEPA-Verordnung haben Sie die Möglichkeit, Lastschriften bestimmter Zahlungsempfänger grundsätzlich zuzulassen („white lists“) oder grundsätzlich auszuschließen („black lists“). Dabei sollten Sie bei Erstellung der Listen zur Einschränkung von Abbuchungen darauf achten, dass sie die Organisationen, welche einziehen dürfen, auch freigegeben haben. Sonst

Umstellung auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

kann uns beispielsweise Ihre Unterstützung nicht erreichen, und es entstehen uns Rückbuchungskosten.

Was bedeutet das für Sie, wenn Sie Attac per Überweisung unterstützen?

Ab Februar 2014 *müssen* Überweisungen dem neuen SEPA-Standard entsprechen. Sie benötigen dann Ihre IBAN, sowie die IBAN des Zahlungsempfängers (bei Überweisungen ins Ausland zusätzlich noch die BIC). Materialien von Attac, auf denen wir Sie bitten, einen angehängten Überweisungsträger zu nutzen, um uns zu unterstützen, werden ab Februar 2014 den Erfordernissen des SEPA-Verfahrens entsprechen – auch der erste Rundbrief des Jahres wird einen dieser neuen Überweisungsträger enthalten, außerdem werden wir auch unsere Online-Formulare auf das SEPA-Verfahren umstellen. Formular-Abschnitte von bisherigen Attac-Drucksachen, auf denen Bankdaten eingetragen werden können, können wir, sofern es keine Überweisungsträger sind, für die Übergangszeit der ersten Jahreshälfte 2014 bei der Erfassung in das neue SEPA-Format umwandeln.

Was ist die IBAN?

IBAN ist die Kurzform für *International Bank Account Number*. Die IBAN ersetzt Ihre bisherige Kontonummer und Bankleitzahl und setzt sich auch unter anderem aus diesen zusammen. Die IBAN ist nach einem festgelegten Muster aufgebaut und enthält immer zunächst zweistellig den

Ländercode, dann zweistellig eine Prüfziffer, gefolgt von der Bankleitzahl und der Kontonummer.

Falls die Kontonummer nicht zehnstellig ist, wird sie links um Nullen ergänzt. Somit hat jede deutsche IBAN immer 22 Stellen.



Neben Ihrer aktuellen Bankleitzahl und Kontonummer müssen Sie sich also lediglich zusätzlich die zweite Prüfziffer merken.

Beispiel: Der Attac Trägerverein e. V. hat die IBAN DE57430609670800100800

Sie setzt sich zusammen aus dem Ländercode DE, der Prüfziffer 57, der bisherigen Bankleitzahl 43060967 und der bisherigen Kontonummer 800100800, die links noch um eine 0 ergänzt wurde, um insgesamt auf 22 Stellen zu kommen.

Wo finde ich die IBAN?

Ihre IBAN (und die BIC ihrer Bank, notwendig für Auslandsüberweisungen) steht bereits entweder auf ihrer neuen EC-/Geldkarte und/oder auf Ihrem Kontoauszug; viele Banken teilen ihren KundInnen die beiden Nummern auch in einem gesonderten Schreiben mit.

Haben Sie noch Fragen dazu?

Unter sepa@attac.de können Sie uns erreichen.

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

oder per E-Mail an:

info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Steuertricks der Konzerne stoppen. Für eine Gesamtkonzernsteuer!



Illustration: M. Müller, dicey-studios.com

Der Sommer ist endgültig vorbei, doch in vielen Städten im Ruhrgebiet waren die Freibäder ohnehin schon von verkürzten Öffnungszeiten und Schließungen betroffen,

weil schlicht kein Geld in der Gemeindekasse ist. Schulen bröckeln, Kita-Plätze fehlen, Bibliotheken müssen schließen: Während der öffentlichen Hand Geld fehlt für Bildung, Infrastruktur oder Soziale Sicherungssysteme, bringt ein Konzern wie Starbucks es fertig, für 2012 in Deutschland überhaupt keine Steuern zu zahlen – trotz eines Umsatzes in dreistelliger Millionenhöhe. Amazon zahlt lächerlich wenig, die Deutsche Bank hat 2012 vom Fiskus sogar Geld zurückbekommen. In anderen europäischen Ländern sieht es nicht anders aus: Coca-Cola hat sich steuertechnisch völlig aus Griechenland zurückgezogen und verschärft damit die dortige Krise.

Möglich wird dieser Skandal durch ganz legale Steuertricks – transnationale Konzerne nutzen alle Möglichkeiten der globalisierten Finanzmärkte, verschleiern ihre Einkünfte, rechnen

ihre Gewinne klein und verschieben sie jeweils in Länder, in denen sie wenig oder gar keine Steuern darauf bezahlen müssen.

Wir werden jetzt aktiv, um dieses Versteckspiel zu beenden. Wir werden die Konzerne mit ihren Trickereien konfrontieren, Zahlen offenlegen und die gesellschaftliche Diskussion um eine gerechte Konzernbesteuerung entfachen. Wir haben es bei der Finanztransaktionssteuer gemerkt: Durch regelmäßige Impulse, Aktionen und Information kann ein alternatives Steuermodell breite Akzeptanz gewinnen. Bitte unterstützt uns dabei mit einer Spende – entweder mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers oder unter:

www.attac.de/spenden

Jeder Betrag unterstützt uns dabei, Alternativen wie die Gesamtkonzernsteuer auf die politische Agenda zu setzen!

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter

Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten

800 100 800

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank eG

Betrag: Euro, Cent

EUR

Kunden-Referenznummer
- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)

RBF1304

Kontoinhaber/Einzahler: Name

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht
beschädigen, knicken,
bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten

800 100 800

Bankleitzahl

430 609 67

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank eG

EUR

Betrag: Euro, Cent:

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

RBF1304

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen f 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

SPENDE